



HESSISCHER LANDTAG

20. 10. 2023

HAA

Antrag

Fraktion der AfD

“Klare Kante” und Null-Toleranz gegen den importierten Antisemitismus

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass durch eine unkontrollierte Masseneinwanderung aus vorwiegend arabisch-islamischen Ländern, tausende Menschen mit einem kulturellen Hintergrund, der seit hunderten von Jahren durch Antisemitismus geprägt ist, nach Hessen kamen.
2. Der Landtag stellt fest, dass seitens der Hessischen Landesregierung versäumt wurde, von diesen Menschen Integration und Akzeptanz anderer kultureller Werte und Religionen als Bringschuld zu fordern.
3. Der Landtag stellt fest, dass dieses Versäumnis seit dem Angriff der radikal-islamischen Terrororganisation Hamas auf den Staat Israel besonders deutlich in Form von offen antisemitischen und israelfeindlichen und unangemeldeten Demonstrationen sowie den damit verbundenen Ausschreitungen offenbar wird.
4. Der Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Schutz des jüdischen Lebens in Hessen zu gewährleisten.
5. Der Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, unangemeldete Demonstrationen seitens von Hamas-Anhängern konsequent und unmittelbar mit aller notwendigen Härte zu beenden.
6. Der Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, jedwede Zustimmungsbekundungen zu den Angriffen auf den Staat Israel aufs Schärfste zu verurteilen.
7. Der Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, nunmehr jene Maßnahmen nachzuholen, wie sie zur Bekämpfung des – bereits seit mehreren Jahren bestehenden – Phänomens der antisemitischen und islamistischen Tendenzen aus und in den Reihen von asylsuchenden Personen und Migranten aus islamisch geprägten Ländern seitens der AfD sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene im Wege entsprechender parlamentarischer Initiativen bereits in der Vergangenheit mehrfach gefordert bzw. thematisiert, aber seitens der übrigen in den betreffenden Landtagen und dem Bundestag vertretenen Fraktionen durchweg abgelehnt worden sind.
8. Der Landtag betont, dass das Aufenthaltsrecht und der tatsächliche Aufenthalt von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in strafrechtlich relevanter Weise, sei es im Rahmen von pro-palästinensischen Demonstrationen oder im Allgemeinen, im Land Hessen antisemitische und anti-israelische Hetzparolen und Hassreden verbreiten oder entsprechend motivierte Gewalttaten begehen, in Anwendung der einschlägigen ausländer- und aufenthaltsrechtlichen Regelungen konsequent zu beenden ist. Die hiervon betroffenen Personen sind umgehend aus dem Land Hessen und dem Bundesgebiet abzuschieben.
9. Der Landtag fordert die Hessische Landesregierung dazu auf, eine Studie durch ein unabhängiges Institut in Auftrag zu geben, die die Ermittlung der antisemitischen und israelfeindlichen Tendenzen von Migranten in Hessen zum Inhalt hat.

10. Der Landtag fordert die Hessische Landesregierung dazu auf, sämtliche Kooperationen und Förderungen islamischer Verbände, Vereine, Organisationen usw. mit sofortiger Wirkung zu stoppen, sofern diese sich nicht glaubhaft und öffentlich gegen Angriffe auf den Staat Israel durch radikal-islamische Terrororganisationen wie die Hamas aussprechen.

Wiesbaden, 20. Oktober 2023

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe